



Foto: Udo Geisler

„Keine fundierten Studien“

RENAME SCHROEDER SIEHT GROSSEN FORSCHUNGSBEDARF ANGESICHTS EUROPAWEIT DRAMATISCHER VERÄNDERUNGEN IM JOURNALISMUS.

Renate Schroeder, Direktorin der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF), erläutert, warum mehr Medienforschung wichtig wäre.

Sie plädieren für mehr europabezogene Journalismusforschung. Warum?

Noch nie wurden so viele Journalistinnen und Journalisten verfolgt. Allein bei der 2015 vom Europarat eingerichteten Plattform zum Schutz des Journalismus meldeten in diesem Jahr 638 Journalisten Angriffe und Schikanen. Die zweite nationenübergreifend auftretende wichtige Veränderung ist das Phänomen von Fake News, oder korrekter: Desinformationen und schließlich die komplett neuartige Kommunikation mit digitalen Medien. Das hat eine neue Dynamik in die Diskussion über die Qualität im Journalismus gebracht.

Gibt es denn keine wissenschaftlichen Erkenntnisse dazu?

Nein. Wir bräuchten hier mehr europaweite vergleichende Forschung. Das Reuters Institut und die Oxford University machen zu Journalismus, Glaubwürdigkeit und Zukunft sehr gute Berichte. Wir sind mit der EJF zwar regelmäßig unterwegs, um die Situation in den EU-Staaten genauer kennenzulernen, und wir befragen unsere Mitglieder, aber das sind keine methodisch fundierten Studien. Ganz wichtig wären Studien zum

Thema Medienkompetenz, also das Verstehen der Prozesse von Medienarbeit, um damit auch mehr Akzeptanz für die Notwendigkeit einer auskömmlichen Finanzierung von Journalismus zu erreichen. Weiterhin fehlt Forschung zu Künstlicher Intelligenz (KI) und deren Bedeutung für den journalistischen Berufsstand. Die Europäische Audiovisuelle Informationsstelle und einige europäische Institutionen beginnen, das Thema KI auch für den Journalismus zu analysieren. Wissenschaftlich wird das bislang noch zu wenig bearbeitet.

Werden angehende Journalisten angemessen ausgebildet?

Viele jüngere Journalisten arbeiten mit neuen Techniken wie Podcasts, haben aber keine entsprechende Ausbildung dazu bekommen. Die Veränderungen gehen rasant schnell. Für das journalistische Studium heißt das, eine Balance zu finden zwischen neuen Techniken und den nach wie vor geltenden grundsätzlichen Kompetenzen guter journalistischer Arbeit. Es gibt aber auch große Unterschiede in Europa. So klagen Jungjournalisten aus Osteuropa über fehlenden Praxisbezug. In Deutschland sinkt die Attraktivität des Journalistenberufs, während der Beruf in allen anderen Ländern nach wie vor sehr beliebt ist.

NEUE EU-KOMMISSARIN IM AMT

Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend – für dieses große Ressort ist Mariya Gabriel nun offiziell seit Anfang Dezember innerhalb der EU-Kommission zuständig, nachdem das EU-Parlament Ende November mit großer Mehrheit für das Team der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen votierte. Damit ist auch der Begriff „Forschung“ im Ressortzuschnitt verankert, der ursprünglich nicht vorgesehen war. Gabriel hatte bei der Anhörung durch EU-Parlamentarier Herausforderungen benannt, die in den kommenden fünf Jahren in ihrem Fokus stehen sollen. So will die frühere EU-Kommissarin für digitale Wirtschaft und Gesellschaft die europäische Führungsrolle in der Wissenschaft stärken, gute Bedingungen für Innovationen gewährleisten und die internationale Wissenschaftsdiplomatie verbessern.

ERFOLGREICH KOOPERIERT

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat Ende November nach 25 Jahren eine positive Bilanz des Förderprogramms „Deutschsprachige Studiengänge in den Ländern Mittel- und Osteuropas“ gezogen. „Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen deutschen Hochschulen und denen in Mittel- und Osteuropa war und ist ein wichtiger Beitrag für das Zusammenwachsen Europas“, sagte DAAD-Präsidentin Prof. Dr. Margret Wintermantel. Eigenen Angaben zufolge hat der DAAD mit Mitteln des Auswärtigen Amtes 18.000 Studierende und Wissenschaftler gefördert. Zudem unterstützte der Austauschdienst den Aufbau von 66 deutschsprachigen Studiengängen in 15 Staaten. 20 Studienprogramme bezuschusste er in Russland, zehn in Rumänien und jeweils sechs Studienprogramme in Bulgarien, Ungarn und der Ukraine. Derzeit fördert der DAAD noch 32 Studiengänge.